# Politiker statt Angestellter

Laut Studien sind Milizpolitiker in Bern längst in der Minderheit. Besonders attraktiv ist ein Parlamentsmandat für Junge. Vier jüngere Politiker sagen, was sie von der Entwicklung halten.

TOBIAS GAFAFER

**BERN.** In wenigen Tagen wählt die Schweiz ihr Parlament. Viele Neu- und Wiedergewählte dürften sich ganz oder primär der Politik widmen. Damit liegen sie im Trend: Laut Studien hat sich das Parlament in letzter Zeit entgegen der öffentlichen Wahrnehmung zusehends in Richtung Berufsparlament bewegt. «Das Milizparlament scheint primär in den Köpfen und weniger im Ratssaal weiterzuexistieren», konstatierte Sarah Bütikofer 2013 im Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsforschung. Die Politologin hat die Entwicklung untersucht. Nur noch rund ein Drittel der Parlamentarier seien Milizpolitiker – Politiker also, die ihr Amt neben dem angestammten Beruf ausüben.

### Kaum mehr Führungskräfte

Besonders hoch ist der Anteil der Vollzeitpolitiker laut Bütikofer im Ständerat, wo der Aufwand wegen mehr Kommissionssitzen grösser ist. Auch der berufliche Hintergrund der Politiker hat sich verändert: Angestellte Führungskräfte etwa waren in der letzten Legislatur kaum mehr vertreten. Das gilt auch für namhafte Unternehmer, von denen nach Peter Spuhlers Rücktritt neben Nationalrat Ruedi Noser (FDP/ZH) nur noch wenige im Parlament sitzen. Die Bezeichnung Unternehmer ist zwar populär. «Doch auch Anwälte oder Freiberufler mit wenig Personal nennen sich so,» sagt Bütikofer.

### Komplexere Vorlagen

Mehrere Faktoren führten zu dieser Entwicklung. Auch in der Schweiz ist es heute gut möglich, auf nationaler Ebene von einem Parlamentsmandat zu leben. Ein Nationalrat kam 2014 laut einer Auswertung der Parlamentsdienste mit Entschädigungen im Schnitt auf rund 138 000 Franken, wovon rund 60 000 Franken steuerfrei sind. Das liegt deutlich über dem Median-Bruttolohn der letzten Jahre. Im Ständerat waren es 148 000 Franken. Neben der Entschädigung baute das Parlament auch die administrative Unterstützung aus.

Vor allem aber hat der Aufwand für die politische Arbeit stark zugenommen. Die Politik handelte in letzter Zeit oft unter Druck von internationalen Entwicklungen, gerade im Steuer- und Finanzbereich. Bundesrat und Verwaltung verabschieden in hoher Kadenz komplexe Vorlagen. Aufgaben wurden von den Kantonen zum Bund verlagert. Und Politiker müssen heute fast rund um die Uhr erreichbar sein.

Bild: ky/Gaëtan Bally

Der Aufwand für die politische Arbeit hat zugenommen.

### Berufsgruppen im National- und Ständerat

Laut Untersuchungen war die Gruppe der selbständig Erwerbenden in der 39. Legislatur (1971–1975) noch die grösste Berufsgruppe unter den Parlamentariern. In der 49. Legislatur (2011–2015) sind diese weniger wichtig geworden.

**Vergleich beruflicher Hintergrund 39. und 49. Legislatur in Prozent**

| | Ständerat | | Nationalrat | |
|---|---|---|---|---|
| Legislatur | 39. | 49. | 39. | 49. |
| Unternehmer | 2 | 11 | 3 | 6 |
| Selbständig Erwerbende | 34 | 15 | 17 | 14 |
| Führungskraft (angestellt) | 19 | 2 | 15 | 4 |
| Sozio-kulturelle Spezialisten | 9 | 7 | 10 | 10 |
| Technische Spezialisten | 5 | 0 | 1 | 5 |
| Landwirtschaft | 5 | 0 | 8 | 7 |
| Verbandsfunktionär | 0 | 7 | 9 | 10 |
| Politik (Exekutive) | 19 | 2 | 16 | 8 |
| Politik (Legislative) | 0 | 55 | 3 | 32 |
| Übrige Berufe | 7 | 0 | 18 | 3 |
| Anzahl Sitze | 43 | 46 | 192 | 200 |

Quelle: Sarah Bütikofer, Tabelle: sgt

### Den ganzen Tag Politik machen

Besonders attraktiv geworden ist ein Parlamentsmandat für junge, ambitionierte Politiker. Sie machen laut Sarah Bütikofer bereits über einen Viertel der Bundesversammlung aus. «Bessere Strukturen und Ressourcen schaffen Anreize für diesen neuen Typ, den man eigentlich nur aus Berufsparlamenten kennt.»

Politik zu machen, statt Angestellter zu sein, tönt für manche verlockend. Eine, die insgesamt gut 100 Prozent für das Parlamentsmandat und weitere Mandate im Umwelt- und Solarbereich aufwendet, ist Nationalrätin Nadine Masshardt (SP/BE, 31). Entscheidend sei für sie der Anreiz, mitzugestalten, und nicht die Einkünfte als Nationalrätin. Für die anderen Mandate erhält sie keine Entschädigung. Die Bernerin plädiert für mehr Ehrlichkeit: «Nur eine kleine Minderheit der Parlamentarier ist noch mehrheitlich berufstätig.»

Bürgerliche Jungpolitiker sehen die Entwicklung zum Berufsparlament dagegen kritisch. Kehrseite sei die Abhängigkeit vom Amt, sagt Andreas Caroni (FDP/AR, 36). Er ist zu 30 Prozent in einer Anwaltskanzlei tätig – ein Berufsweg, den viele Bürgerliche wählen. Dasselbe macht zu 50 Prozent Nationalrat Lukas Reimann (SVP/SG, 33), seit er Anfang Jahr die Uni abschloss. Beides zu kombinieren, sei zwar eine grosse Herausforderung, aber machbar. Er sieht das Milizparlament nicht am Ende.

### Weniger Lohn, mehr Flexibilität

Einen anderen Weg hat SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (36) gewählt: Der Zuger arbeitet als Unternehmensberater in einer Strategiefirma. Er bedauert, dass das Parlament nicht auf dem neusten Stand der Technik ist. «Gewisse Diskussionen, etwa die Kenntnisnahme von Berichten, könnte man mit einer Telefonkonferenz führen.» So wären die Politiker flexibler. Zudem kritisiert Aeschi, dass die Entschädigung viel zu hoch ist. Bei einer Senkung wären mehr Politiker in der Privatwirtschaft tätig.

Letzteres wünscht sich auch Economiesuisse, der Dachverband der Wirtschaft. Mit einer Kampagne fordert er, dass Politik und Unternehmen wieder näher zusammenrücken. Ob diese eine Wirkung hat, werden die nächsten Wahlen zeigen.

## Resistente Bakterien breiten sich weiter aus

**BERN.** In der Schweiz werden immer weniger Antibiotika für den Einsatz in der Nutztierhaltung verkauft. Für eine Entwarnung ist es aber zu früh: Der Anteil multiresistenter Bakterien, die kaum oder gar nicht bekämpft werden können, ist unverändert hoch. Solche Bakterien können entstehen, wenn gesunde Zuchttiere flächendeckend mit Antibiotika behandelt werden. Gemäss einem vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) publizierten Bericht haben Bestimmte bei Campylobacter-Bakterien weiter zugenommen. Diese kommen besonders häufig beim Poulet vor und können durch den Konsum von nicht durchgegartem Fleisch auf den Menschen übertragen werden.

### Ein Drittel weniger Verkäufe

Der Anteil von Methicillin-resistenten Staphylococcus aureus (MRSA) bei Mastschweinen ist gemäss dem Bericht ebenfalls gestiegen, und zwar von 2 Prozent im Jahr 2009 auf 26,5 Prozent im Jahr 2014. Die Bakterien können beim Menschen lebensbedrohliche Infektionen auslösen, die sich wegen der Antibiotikaresistenz nicht behandeln lassen. Bei Darmbakterien von Poulets nahmen die Resistenzen gegen verschiedene Antibiotika in den letzten Jahren hingegen. Mögliche Ursache dafür ist, dass in der Veterinärmedizin 2014 insgesamt ein Drittel weniger Antibiotika verkauft wurden als noch 2008.

### Datenbank soll Abhilfe schaffen

Diese Verkaufsstatistik lässt jedoch keine Schlüsse zu über den effektiven Einsatz der Antibiotika. Es ist nicht bekannt, bei welchen Tieren, Krankheiten oder über welchen Zeitraum hinweg die Wirkstoffe verabreicht wurden. Klarheit würde die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene Antibiotika-Datenbank bringen. Die Revision wird derzeit vom Parlament beraten.

Dazu zur besonders gefährlichen Zunahme von Antibiotikaresistenzen sollen auch im Rahmen der nationalen Antibiotikastrategie (StAR) erhoben werden. Diese hat zum Ziel, die Wirksamkeit von Antibiotika langfristig sicherzustellen. Laut BLV könnte der Bundesrat gegen Ende des Jahres über die Umsetzung entscheiden. (sda)

## Klagen wegen teurer, nicht abonnierter SMS-Dienste

**BERN.** Hunderte Schweizer fühlen sich beklagt von überteuerten SMS-Diensten, welche sie nie bestellt haben. Die Schlichtungsstelle der Telekombranche Ombudscom hat deswegen dieses Jahr bereits 820 Beschwerden erhalten. Viel von ihnen sie aber nicht. Diese SMS-Abonnemente belasten das Portemonnaie ganz schön: Bis zu fünf Franken kosten die SMS, welche die vermeintlichen Abonnenten immer wieder erhalten. Viele Kunden gehen auf die Barrikaden, denn sie wollen einen solchen Abo gar nie eingegangen haben.

### Anstieg im vergangenen Jahr

Die Westschweizer Konsumentenschutzorganisation FRC erhält angeblich zwanzig Beschwerden pro Monat wegen der SMS-Dienste, wie die FRC-Juristin Valérie Muster sagte. Darüber hatte die Zeitung «La Matin» gestern berichtet. Seit einer Gesetzesänderung 2010 habe es weniger Beschwerden gegeben, doch seit 2014 würden diese wieder zunehmen.

Das Ausmass der Klagen bestätigt auch die Schlichtungsstelle Ombudscom. «Aber alles, was wir tun können, ist eine Einigung zwischen den Kunden und den Anbietern zu suchen», sagte Ombudscom-Juristin Céline Steuller-Schaeren. 2014 hätten sich Kunden und Anbieter in 80 Prozent der Fälle geeinigt, auch wenn eine hundertprozentige Rückzahlung nicht immer garantiert worden sei.

### Schweizerige Bewerbsfälschung

Die Schlichtungsstelle hat allerdings keine Kompetenz, um das Problem an der Wurzel anzugehen. «Die Leute haben manchmal Mühe zu verstehen, dass wir nicht durchgreifen können», so Steuller-Schaeren.

Die Anbieterbehörden, das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) oder das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) können von den Telekomanbietern selbst alarmiert werden. «Letzteres nützten aber einen Wiederanstieg der Klagen feststellen», sagt die Ombudscom-Juristin. Und selbst das ändere nichts daran, dass es quasi unmöglich sei zu beweisen, die SMS-Dienste nie bestellt zu haben. Die Anbieter versichern nämlich, dass sie bei jedem Fall Hinweise auf eine Skrivierung feststellen können. (sda)

Anzeige

SETZEN SIE EIN ZEICHEN GEGEN MASSLOSE ZUWANDERUNG!

Jetzt SVP wählen.

SVP

## Tunesischer Minister in Bern

Tunesiens Aussenminister Taieb Baccouche ist in Bern von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga zu einem Höflichkeitsgespräch empfangen worden.

**BERN.** Dienstag führte Baccouche mit Aussenminister Didier Burkhalter ein Arbeitsgespräch. Der Bundesrat empfing den Chef der tunesischen Diplomatie im Bernerhof. In den Gesprächen betonten die beiden Aussenminister, dass die Beziehungen zwischen der Schweiz und Tunesien seit der tunesischen Revolution von 2010 und 2011 intensiver geworden seien.

### 16 Millionen Unterstützung

Bundesrat Didier Burkhalter bezeichnete dabei die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als ausgezeichnet. Beleg dafür sei der für November 2015 geplante Staatsbesuch des tunesischen Präsidenten Beji Caid Essebsi in der Schweiz.

Während des Gespräches erinnerte Didier Burkhalter daran, dass Tunesien zu den Partnern des schweizerischen Zusammenarbeitsprogramms für Nordafrika 2013–2016 gehört. Das Engagement der Schweiz – rund 16 Millionen Franken im Jahr 2014 – ist hauptsächlich drei Bereichen gewidmet: demokratische Transition und Menschenrechte, Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung, Migration und Schutz. «Die Schweiz, seit langem ein bedeutendes Land, hat Tunesien in seinem demokratischen Prozess begleitet», sagte Baccouche.

### Guter Migrationspartnerschaft

Am Nachmittag empfing Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga Baccouche zu einem Höflichkeitsbesuch. Dabei bezeichnete sie den bevorstehenden Staatsbesuch von Präsident Essebsi als ausgezeichnete Gelegenheit, um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Tunesien weiter zu vertiefen. Als Beispiel für die bereits gut eingespielte Kooperation beider Staaten nannte Sommaruga die seit 2012 bestehende Migrationspartnerschaft. (sda)